

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verichtsstand
für beide Teile 1/2 Calw

Calwer Tagblatt



Bezugspreis:
In der Stadt 1,40 Reichsmark
wohrend in d. Gegend d. d. d.
Post Bezugspreis 4) Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Straßenräucher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Nr. 300

Mittwoch, den 23. Dezember 1931

Jahrgang 104

Gegensätze bei den Stillhalteverhandlungen Rückwirkungen des Basler Fehlschlags: Ohne endgültige Tributregelung kein weiteres Stillhalten

— Berlin, 23. Dez. Die Berliner Stillhalteverhandlungen, die während der Weihnachtstage unterbrochen werden sollen, sind noch nicht in das entscheidende Stadium getreten. Augenblicklich liegen die Dinge so, daß die ausländischen Gläubiger den gemeinsamen Entwurf eines neuen Stillhalteabkommens zur Diskussion gestellt haben. Von den deutschen Vertretern ist nun eine in vielen und wichtigen Punkten stark abweichende Gegenerklärung überreicht worden. Diese beiden Exposés dienen als Verhandlungsbausteine, aber von einer Einigung scheint man noch recht weit entfernt zu sein. Jedenfalls sind noch sehr erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden und in den Kreisen der Teilnehmer begegnet man daher allgemein der Ansicht, daß die Besprechungen des Stillhaltekomitees sich noch längere Zeit hinziehen werden.

In den Stillhalteverhandlungen schreiben die „Financial News“, die meisten Finanzleute würden einer Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite nicht zustimmen, da bei der Regierungskonferenz nur ein neues zweijähriges Moratorium herauskommen werde und die Ausfichten bei einer nur zeitweiligen Regelung der Tributfrage zu unsicher seien. In Bankkreisen betrachte man ein zweijähriges Moratorium als die schlechteste Lösung, da hierdurch die Unsicherheit nicht beseitigt werde.

Die Verlängerung von Auslandsanleihen der deutschen Länder und Gemeinden

Gelegentlich der Verlängerung Hamburger Schatzwechsel auf einen Monat war im November mitgeteilt worden, daß voraussichtlich im Laufe dieses Monats zwischen den deutschen Ländern und Gemeinden und den ausländischen Gläubigern über die kurzfristigen Anleihen eine Vereinbarung erzielt werden würde ähnlich wie das Basler Stillhalteabkommen für die private kurzfristige Verschuldung. Inzwischen ist unter Führung der Reichsbank nach Anhörung der zur Zeit in Berlin weilenden ausländischen Sachverständigen von den in Frage kommenden Ländern und Gemeinden, darunter auch von Hamburg, den ausländischen Gläubigern ein gemeinsamer Vorschlag gemacht worden, der dahin geht, daß die kurzfristigen Anleihen auf ein Jahr zu 6 Prozent verlängert werden unter Leistung einer Abschlagszahlung von 10 v. H., die nach Annahme dieses Vorschlages fällig werde. Es ist anzunehmen, daß auf dieser Grundlage eine Regelung zustande kommt.

Die Schlussarbeiten in Basel

Neue Schwierigkeiten im Redaktionsausschuß

— Basel, 23. Dez. Im Redaktionsausschuß haben sich gestern neue Schwierigkeiten bei der Abfassung des zweiten Kapitels, das die Ursachen der deutschen Krise behandelt, ergeben. Französischerseits versucht man noch im letzten Augenblick in diesen entscheidenden Teil des Berichtes den französischen Standpunkt in der Tributfrage hineinzubringen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Frage der Darstellung der Wirkung der Tributlasten auf die deutsche Wirtschaft und in diesem Zusammenhang auf die Weltkrise. An den Beratungen nahm zum Schluss der französische Vertreter nicht mehr teil, jedoch wurde der holländische Vertreter Collin hinzugezogen. Man betont, daß man den ersten Teil des Kapitels 2 über die Ursachen der deutschen

Krise erörtert habe, und die Verhandlungen hierüber fortgingen. Die Schwierigkeiten seien noch nicht behoben. Offenbar wollen die Abordnungen noch mit ihren Regierungen fernmündlich Fühlung nehmen. Es besteht allgemein der Eindruck, daß im günstigsten Falle die Annahme und Veröffentlichung des Berichtes des Sonderausschusses in der Nacht zum Donnerstag erfolgen werde.

Der Sonderausschuß hat das erste Kapitel des Hauptberichtes, das die Lage Deutschlands behandelt, bereits aufgegeben. Ueber das zweite Kapitel, das die Ursachen dieser Lage behandelt, bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Man hofft sie jedoch zu überwinden, so daß die Unterzeichnung des ganzen Berichtes für heute abend erwartet werden kann. Das dritte Kapitel, das sich mit den Notverordnungen beschäftigt, ist nur kurz. Seine endgültige Abfassung macht nicht viel Mühe. Das vierte und letzte Kapitel über die Schlussfolgerung ist so gut wie fertiggestellt. Es bedarf nur noch einer Ueberholung. Für den der lesen will, löst der Hauptbericht mit aller Deutlichkeit die riesengroße Gefahr hervor, die ein zusammenbrechendes Mitteleuropa für die Welt bedeutet.

Der englische Sachverständige Layton erklärte dem Basler Berichterstatter des „Daily Telegraph“, der englische Vorschlag zur Verlängerung des Moratoriums auf 5 Jahre sei bisher nicht erörtert worden. Das werde erst geschehen, wenn sich die Atmosphäre erheblich gebessert habe. Das französische Festhalten am Vorrecht der Tribute bilde auch weiterhin das größte Hindernis für einen schnellen und zufriedenstellenden Abschluß der Konferenz.

Die Washingtoner Aussprache über das Hooverjahr

— New York, 23. Dez. Bei der Aussprache über das Hooverjahr im amerikanischen Senat verlangte der republikanische Senator Johnson die Einbeziehung der ungeklärten Zahlungen in das Fiskaljahr. Er warf den Senatoren vor, sich im Juni für ein ganz anderes Fiskaljahr verpflichtet zu haben als das vorliegende. Mac Kellar (Demokrat) bezeugte das Moratorium als einen Fehlschlag. Es habe Deutschland wenig genützt, da es die ungeklärten Zahlungen wieder habe leisten müssen. Der republikanische Senator Dill (Washington) beantragte die Annahme des Moratoriums mit der Einschränkung, daß keine weiteren Moratorien gewährt würden und jede Schuldenstreichung oder Schuldenherabsetzung unterbleibe.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ erörtert die Bedeutung der Moratoriumsentscheidung im Senat hauptsächlich in den Äußerungen der Senatoren über die französischen Kriegsschulden. Diese Schulden bildeten nach amerikanischer Auffassung eine Klasse für sich, und zwar insofern, als es sich eigentlich um neue Vorschüsse an Frankreich nach dem Waffenstillstand handle, während die eigentlichen Kriegsschulden Frankreichs schon getrichen worden seien. Die vereinbarte Schuldsumme in Höhe von 407 Millionen Dollar diene nur der Bezahlung der auf französischem Boden zurückgelassenen Kriegsvorräte im Werte von 2 Milliarden Dollar. Frankreich habe also keine Berechtigung, auch nur die geringste Minderung des Schuldabkommens zu fordern. Noch viel weniger könne es eine Schuldenstreichung verlangen.

Die „Kleine Notverordnung“

— Berlin, 23. Dez. Die Reichsregierung hat am Montag eine sogenannte „Kleine Notverordnung“ verabschiedet. Diese Verordnung beschäftigt sich mit Maßnahmen, die bestehenden Gesetze der neuen Lage anzupassen und andere ablaufende Gesetze zu verlängern. Es handelt sich im einzelnen um folgende Bestimmungen:

1. Der Zuschlag zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mark wird auch für das kommende Rechnungsjahr verordnet.
2. Das gleiche gilt für die Bedienstetensteuer.
3. Ferner wird das Lohnpfändungsgesetz verlängert und ein Gehaltentwurf, der sich gegen die Einfuhr richtet, verordnet.
4. Auch ist eine Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgezogen.
5. Dann wird verordnet, daß die Kraftfahrzeugsteuer künftig monatlich statt bisher vierteljährlich erhoben wird.
6. Weiter bringt die Notverordnung verschärfte Bestimmungen zur Bekämpfung des Schmuggelwesens.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer aufgelöst

— Königsberg, 23. Dez. Der amtliche Preussische Presse-
dienst teilt mit: Die Ostpreussische Landwirtschaftskammer

Tages-Spiegel

Der Brand des Alten Schlosses in Stuttgart konnte auch gestern noch nicht niedergekämpft werden. Das Feuer hat sich weiter ausgebreitet. Beim Einsturz von Gebäudeteilen fanden zwei Wehrmänner den Tod; 7 wurden z. T. schwer verletzt.

In den Berliner Stillhalteverhandlungen, deren Ausgang von dem Ergebnis der Tributverhandlungen abhängig ist, machen sich bereits erhebliche Gegensätze bemerkbar.

Das Reichskabinett hat am Montag eine „Kleine Notverordnung“ beraten und verabschiedet, die einige Ergänzungen zur letzten Notverordnung enthält.

Die Preussenregierung hat die Ostpreussische Landwirtschaftskammer aufgelöst, weil sie in einem Beschluß den Rücktritt des Reichspräsidenten gefordert hatte.

Der japanische Handelsminister hat dem Kabinett einen Entwurf über die Beschränkung der Einfuhr ab 1. Januar 1932 vorgelegt.

hat in ihrer Vollversammlung vom 15. Dezember 1931 eine Entschließung Ulrich-Sturmat (Nat.-Soz. Dt. Arbeiterpartei) angenommen: „Die Vollversammlung bittet den Herrn Präsidenten Brandes, dem Herrn Reichspräsidenten zu erklären: Der Ostpreussische Landtag erkennt die Machtlosigkeit des Herrn Reichspräsidenten dem heutigen System gegenüber. In tiefster wirtschaftlicher und seelischer Not bittet er den Herrn Reichspräsidenten, sowohl für seine Person, als auch für das derzeitige Reichskabinett, den Weg alsbald freizumachen für Männer, die, aus Kampf und Glauben zusammengesetzt, jetzt nur noch allein in der Lage sind, nicht nur die Landwirtschaft, sondern das ganze Volk zu retten.“

Dieser Beschluß fordert ausdrücklich den Rücktritt des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Die den Antragstellern nahestehende „Preussische Zeitung“ hat das offen bestätigt. Damit hat die Kammer politische Forderungen gestellt und die ihr gesetzlich zustehenden Befugnisse überschritten. Selbst bei weitestgehender Auslegung des Selbstverwaltungsrechtes der Kammer kann ein solcher Beschluß im Interesse der Erhaltung der Staatsautorität nicht hingeworfen werden und bedarf der schärfsten Ahndung. Zwar hat der Vorstand der Landwirtschaftskammer in einer Sitzung vom 19. Dezember beschlossen, die Angelegenheit noch einmal auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu legen, um erneut über den gefaßten Beschluß zu beraten mit der Begründung, daß ein Teil der Kammermitglieder sich über die Tragweite des Beschlusses nicht im klaren gewesen sei. Dieser Vorstandsbeschluß kann jedoch nach Auffassung der Staatsregierung an den bekannten festgestellten Tatsachen nichts ändern.

Die Staatsregierung hat sich deshalb gezwungen gesehen, die Ostpreussische Landwirtschaftskammer aufzulösen und den Landeskulturamtspräsidenten Pauly in Königsberg zum Staatskommissar für die zwischenseitliche Verwaltung zu ernennen.

Ungarn erklärt Transfer-Moratorium

— Budapest, 23. Dez. Heute wird im Amtsblatt eine Verordnung erscheinen, durch die Ungarn ein Transfermoratorium erklärt. Im Sinne dieser Verordnung transferiert Ungarn einen Teil seiner Schulden am Fälligkeitstage nicht nach dem Ausland an die Gläubiger, sondern vorläufig auf ein gesperrtes Konto der Nationalbank in Pengu-Währung. Von den Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern wird es dann abhängen, wann diese Pengu-Guthaben in Auslandsvaluten umgewandelt werden, d. h. wann der Transfer tatsächlich vollzogen wird.

Die Verordnung ist vom Ministerrat bereits fertiggestellt worden. Man glaubt, daß der Transfer von etwa 100 Millionen anrechterhalten bleibt und etwa 200 Millionen dem Transfer-Moratorium unterliegen werden. Gerüchte, die ungarische Regierung werde ein allgemeines Zahlungsmoratorium erklären, sind vollständig unbegründet.

Einsturzungsglück in der Vatikanstadt

— Rom, 23. Dez. In der Vatikanstadt hat sich am Dienstag nachmittag ein Einsturzungsglück ereignet. Das Dach des nördlichen, nach Papst Sixtus benannten Flügels, des berühmten Belvederehofes, ist plötzlich eingestürzt, und die schwere Masse hat die darunter liegenden Räume der apostolischen Bibliothek zertrümmert. Aus den Trümmern wurde die Leiche des jungen Professors Marco Batasso geborgen. Es wird angenommen, daß außerdem 3 Arbeiter und ein Maler, der Freisten ausbesserte, den Tod unter den Trümmern fanden.

1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58

1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58
auf
1.95
11.70
19.—
1.70
1.58

Die unhaltbare Ordnung Zwischeneuropas

Von Dr. R. Traupler, München.

Raum ein Gebiet Europas hat eine so wandelbare politische Geschichte wie der Raum zwischen den deutschen Ostgrenzen und den Westgrenzen der Sowjetunion, zwischen der Ostsee und dem Mittelmeer. Eine Untersuchung der katastrophischen Störungen dieses „Brandherdes“ und Versuche zu einer befriedigenden politischen Ordnung Zwischeneuropas gibt R. Traupler in seinem Beitrag „Die Staaten der europäischen Schütterzone“, enthalten in dem soeben erscheinenden Ergänzungsband zu Kellens Großwörter: Jenseits der Großmächte.

Die staatliche Gliederung des heutigen Zwischeneuropas ist unhaltbar. Untersuchen wir die Möglichkeiten, die zwischeneuropäische Schütterzone neu zu ordnen und in ihrem Raum organisch zu leben und Wachstum zu sichern, so müssen dieser Untersuchung folgende Tatsachen zu Grunde gelegt werden:

1. Zwischeneuropa kann auf nationalstaatlicher Grundlage nicht geordnet werden. Die Verzahnung der Siedlungsgebiete und die Gemeindefeldung macht es unmöglich, Staatsgrenzen zu ziehen, die voll dem nationalen Besitzstand entsprechen. Außerdem ist auch der geschlossene Volkshoden der meisten zwischeneuropäischen Völker zu klein, um wirtschaftlich auch nur halbwegs selbständige Staaten zu tragen.

2. Zwischeneuropa ist auf nur raumstaatlicher Grundlage nicht zu ordnen, da die wirtschaftlichen Vorteile großzügiger Raumgestaltung allein die zentrifugalen Kräfte, die in der Vielfalt einzelner Völker liegen, nicht zu einem einheitlichen Staatswesen binden können.

Es muß also eine Rechtsform gefunden werden, die eine Synthese zwischen Raum und Volk findet, die also der Eigenart der Völker jede Entwicklungsfreiheit gibt und gleichzeitig die Zusammenfassung großer einheitlicher Wirtschaftsräume ermöglicht, die durch ihre Verflechtung enttäuscht werden.

Die Lösung der ethnopolitischen Probleme ist theoretisch in dem Gedanken der nationalkulturellen Autonomie und der überstaatlichen kulturellen Volksgemeinschaft bereits gefunden. Unter maßgebendem Einfluß der deutschen Volksgruppen haben sich fast alle nationalen Minderheiten Europas in dem europäischen Nationalitätenkongreß zusammengefunden und in gemeinsamer Arbeit die Grundlagen einer neuen Ordnung für das Zusammenleben der Völker geschaffen. Ausgehend von der Tatsache, daß vor allem in Zwischeneuropa der reine Nationalstaat undurchführbar ist, haben sie eine neue Rechtsordnung herausgearbeitet, die innerhalb der Staaten die Möglichkeit des nationalen Ausgleichs bietet. Der Grundgedanke dieser neuen Ethnopolitik ist folgender:

Jede Nationalität innerhalb eines Staates schließt sich zu einem organisierten Nationalstand zusammen. Der Nationalstand wird als „Kulturverwaltung“ vom Staat mit der Wahrnehmung aller kulturellen Interessen seines Volkstums beauftragt und vertritt in allen kulturellen Angelegenheiten sein Volk. Die Freiheit des Bekenntnisses in einem Nationalstand muß uneingeschränkt sein. Aus der Ausübung des Bekenntnisses darf dem Staatsbürger kein Nachteil erwachsen. Gleiche wirtschaftliche Rechte und gleiche Behandlung durch die staatlichen Behörden müssen gesichert sein. Darüber hinaus fordern die Nationalitäten die Freiheit des überstaatlichen Zusammenschlusses der kulturellen

Nationalitäten zu Volksgemeinschaften, da die kulturelle Höchstleistung eines Volkes nur aus dem Zusammenwirken der kulturellen Kräfte des Gesamtvolkes, nicht aber aus der einzelnen Arbeit insular abgeschiedener Volksgruppen erwächst. Praktisch bedeutet das die unbedingte Anerkennung der Unverletzlichkeit jeden Volkstums, also eine Begrenzung der Staatsallmacht, die nicht mehr die Möglichkeit des Eingriffes in die metaphysischen Werte des Volkstums haben soll. Der weltlichdemokratische Grundsatz der Allmacht der Mehrheit würde abgelöst durch eine föderale organische Staatsform, die eine Gliederung des Staates nach seinen natürlichen Lebensseinheiten vornimmt. Der Verzicht auf den Kampf gegen das Volk würde die ethnopolitischen Gefahren für den Frieden in Zwischeneuropa weitgehend ausschalten.

Die Lösung des ethnopolitischen Problems würde die Voraussetzungen in sich tragen, auch den Kampf gegen den Raum organisch zu beenden. Eine Veränderung staatlicher Grenzen ist dort notwendig, wo ethnopolitische und geopolitische Gründe eindeutig gegen ihre heutige Lage sprechen. Im allgemeinen ist jedoch durch Grenzrevisionen eine wirksame geopolitische Befriedigung Europas unerreichbar. Es erweist sich als notwendig, große Räume zusammenzufügen. Dabei braucht man auch nicht an ihre staatliche Zusammenfassung zu denken. Die Befestigung unabhänger Wirtschaftskreisläufe wäre bereits ein außerordentlich wirksames Mittel zur Konsolidierung. Um wirtschaftlich zu gedeihen, bedürfen die Staaten Zwischeneuropas der Abnehmer für ihre agrarische Ueberproduktion und diese wirtschaftspolitische Ergänzung ihres Raumes können sie nur in dem deutschen mitteleuropäischen Raum finden.

Die Lösung der ethnopolitischen Fragen durch eine neue Rechts- und Staatskultur würde zusammen mit der Lösung der geopolitischen Fragen durch eine großräumige Wirtschaftspolitik eine organische Entwicklung des Lebens in der bisherigen Schütterzone Europas sichern. Nur diese innere Konsolidierung auf Grund einer Synthese von Volk und Raum, gestaltet und gesichert durch eine klug und zurückhaltend angewandte Macht, deren Hauptaufgabe der Schutz organischen Lebens ist, kann eine neue Kriegskatastrophe in Zwischeneuropa, deren Ende ohne jeden Zweifel die Ueberflutung des zwischeneuropäischen Raumes durch den Bolschewismus wäre, aufhalten. Ob diese Synthese von Volk und Raum durch eine den ganzen Raum umfassende staatliche Organisation überdacht werden soll und kann, ist eine fernliegende Frage. Eine entscheidende Notwendigkeit dafür liegt nicht vor. Jedenfalls müßte eine solche Organisation über alle Formen der Bindung von der schwächsten bis zur stärksten verfügen. Wesentlich ist nur, daß die Staaten und Völker Europas lernen, mit dem Unfug des westlichen Souveränitätsbegriffes Schluss zu machen, das Gemeinwohl zu tun, ohne eine erzwungene Gemeinamkeit in den Dingen anzustreben, die kraft ewiger Rechte eigenste Besonderheit der einzelnen Völker sind.

Zukunftsmusik? Vielleicht! Jedenfalls, es gibt keine andere Möglichkeit, den schütterten vulkanischen Boden Zwischeneuropas zu brauchbarem Ackerboden kulturellen, lebenserhaltenden Wachstums zu machen als die, dem großen Zug seines Raumes ebenso sein Recht zu geben wie dem mannigfaltigen Sehnen seiner Völker.

Deutschland hat 38 Goldmilliarden bezahlt

Minister a. D. Curtius fordert Endlösung der Reparationsfrage

In der „New York Times“ äußert sich Reichsminister a. D. Curtius in einem Interview zur Reparationsfrage. Er führte aus, daß es hoffentlich bei einem Zusammenwirken zwischen Politik und Wirtschaft möglich sein werde, die wirkende Deflation zu beenden, durch eine definitive Lösung des Schuldenproblems und eine Reorganisation des Weltkredits das Vertrauen wiederherzustellen und auf diese Weise die Grundlage für die Vereintigung großer politischer Probleme zu schaffen, besonders der Abrüstung. Man dürfe nicht die gewaltigen Summen vergessen, die Deutschland bereits als politische Zahlungen geleistet habe.

Nach den Berechnungen des Carnegie-Institutes in New York habe Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages bis zum 30. September 1922 ungefähr 26 Milliarden Goldmark in bar und in Sachleistungen gezahlt, ohne Einrechnung des Wertes der abgetretenen Gebiete und der Kolonien. Bis zum Beginn des Hoover-Moratoriums habe Deutschland nach den Schätzungen dieses Institutes 38 Milliarden Goldmark bezahlt.

In einer Darlegung der deutschen Wirtschaftslage betont Dr. Curtius besonders die an sich und nach internationalem Steuervergleich übermäßigen Steuerlasten, die dem deutschen Bürger und der deutschen Wirtschaft auferlegt seien.

Zu den Basler Verhandlungen sagt Dr. Curtius, die wirkliche Aufgabe des Basler Ausschusses und der späteren Regierungskonferenz sei, Hilfsmittel gegen die Weltkrise zu finden, in deren Depressionszentrum Deutschland liege. Präsident Hoover habe im vergangenen Sommer durch seinen Plan vor der ganzen Welt die wechselseitige Verbundenheit zwischen der Krise und den internationalen Verschuldungen offengelegt. Aus diesem Grunde dürfe man nicht umkehren. Hier gebe es nur noch ein Vorwärtsschreiten in neuer Richtung. Ueber alle innerpolitischen Hemmnisse hinaus müßten die Politiker, Staatsmänner und Sachverständigen auf eine endgültige Lösung zusteuern. Provisorische Maßnahmen und weiteres Hinauszögern würden den Vereinigten Staaten, der Welt und Deutschland nur wenig nützen. Der Ausfuhrüberschuß von ungefähr 700 Millionen Dollar, den Deutschland 1931 habe, habe nicht ausgereicht für Zinsendienst und Rückzahlung der Privatschulden, geschweige denn Reparationen. Dieser Ausfuhrüberschuß sei

durch die Drosselung der Einfuhr und die Wirkung der Deflation mit einer Schrumpfung des gesamten Handelsvolumens als Begleiterscheinung erreicht worden.

Allen Zeichen nach könne der gegenwärtige Ausfuhrüberschuß nicht aufrechterhalten werden. Eine weitere Einigung zwischen den Rohstoffpreisen und den Preisen der Fertigfabrikate, sowie die sich überall durchziehende Schutzollpolitik vergrößerten die Schwierigkeiten der deutschen Ausfuhr. Wenn das Volumen der deutschen Ausfuhr und die Ausfuhrpreise nur um zehn Prozent heruntergingen, so würde das zwei Drittel des gegenwärtigen Ausfuhrüberschusses in der Bilanz auslöschen. Man könne nicht mehr auf einen deutschen Ausfuhrüberschuß rechnen, der irgendwelche politischen Zahlungen neben dem Zinsendienst der privaten kurz- und langfristigen Verpflichtungen ermöglichen würde. Bei dieser Lage der Dinge müsse man jetzt die notwendigen Entscheidungen treffen. Provisorische Maßnahmen und die Ungewißheit über die zukünftigen politischen Schulden verhinderten eine Wiederherstellung des deutschen Kreditwesens und widersprächen der Erkenntnis von dem verhängnisvollen Zusammenhang zwischen politischen Schulden und Weltkrise. Wir müßten eine Endlösung finden.

Kleine politische Nachrichten

Wo das Brot bereits billiger geworden ist, Amtlich wird mitgeteilt: Die vom Reichskommissar für Preisüberwachung zusammen mit Landes- und Ortsbehörden eingeleitete Aktion zur Senkung des Brotpreises hat bereits verschiedentlich zu erfreulichen Ergebnissen geführt. Bäckerinnungen, Brotfabriken und Konsumvereine haben eine Senkung des Brotpreises vorgenommen, u. a. in Halle, München, Solingen, Deuthen in Oberschlesien, Wuppertal, Stuttgart, Nürnberg, Wiesbaden, Mannheim, Stettin. Die Senkung ist überwiegend schon eingetreten und tritt in einzelnen Orten ab 1. Januar 1932 in Kraft.

Die Senkung der Gas- und Strompreise ist, wie der Preiskommissar in seiner Rundfunkrede feststellte, mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die städtischen Werke dürften keine Zuschußbetriebe sein, weil sonst die Verluste seitens der Allgemeinheit durch erhöhte Steuern gedeckt werden müßten. Hierzu komme noch, daß alle diese monopolartigen Betriebe einen sehr wesentlichen Teil des Finanzbedarfes der öffentlichen Hand decken und daß in den

Städten die Lasten für die Wohlfahrtsberwerblosen ständig steigen.

Besprechungen im Reichsjustizministerium über das Rindigungsrecht der Mieter. Das Ergebnis der Besprechungen im Reichsjustizministerium mit Regierungsvertretern der deutschen Länder über die Möglichkeit einer Milderung des Rindigungsrechtes der Mieter wird in den nächsten Tagen in Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung veröffentlicht werden. Ein bestimmter Zeitpunkt sowie sachliche Einzelheiten können noch nicht mitgeteilt werden.

Reichswehroffizier auf der Straße überfallen. In Eisenach wurde nachts ein Offizier des Reichswehrinfanterieregiments 15 bei seiner Rückkehr in die Kaserne auf der Straße von mehreren Zivilisten tödlich angegriffen. Als er sich zur Wehr setzte, bekam er mit einem harten Gegenstand einen Schlag ins Gesicht und brach bewußtlos und blutüberströmt zusammen. Von den unbekanntenen Tätern hat man bisher noch keine Spur.

Frankreich rüstet weiter. Die französische Kammer nahm das Gesetz über das Flottenbauprogramm für 1932 an. Die Regierung wurde ermächtigt, vier Kreuzer 2. Klasse, einen Torpedobootszerstörer, ein Torpedoboot und ein Kanonenboot auf Kiel zu legen.

Polen in schwieriger Lage. Der Finanzausschuß des französischen Senates hat einstimmig das Abkommen der Regierung mit der Bank von Frankreich über den Ersatz der Pfundverleute abgelehnt und beschlossen, die Vorlage noch einmal mit abgeändertem Wortlaut zu behandeln, um die Gefahr einer Regierungsfrisse zu vermeiden. Die nochmalige Beratung soll demnächst stattfinden.

Der französisch-russische Nichtangriffspakt

— Paris, 22. Dez. Die Zeitung „Echo de Paris“ veröffentlicht den angeblichen Wortlaut des am 24. August 1931 vom Generalsekretär des Auswärtigen Amtes in Paris, Philippe Berthelot, und dem sowjetrussischen Botschafter Dowgalewski gezeichneten russisch-französischen Nichtangriffspakts. Der Vertrag soll u. a. folgende Bestimmungen enthalten: Die beiden Mächte versprechen, sich gegenseitig einen jeden Angriffsbehandlung zu enthalten und nicht zum Kriege zu schreiten. Wenn eine dritte Macht eine der vertragschließenden Parteien angreift, verpflichtet die andere vertragschließende Partei, neutral zu bleiben. Keine der vertragschließenden beiden Parteien darf eine Abmachung mit anderen Mächten abschließen, die bestimmt, den Ankauf oder den Verkauf von Waren der vertragschließenden Parteien zu verweigern. Die beiden Parteien lehnen es nicht ab, voneinander Waren zu kaufen bzw. zu verkaufen. Die beiden Parteien versprechen, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der andern Partei zum Zweck eines Umsturzes mit Waffengewalt zu enthalten. Ein Schlichtungsverfahren wird eingeführt, um Streit zwischen beiden Parteien friedlich beizulegen. — Der Vertrag soll erst in Kraft treten, wenn das Schlichtungsverfahren durch eine besondere Abmachung im voraus festgelegt sein wird.

„Echo de Paris“ fügt hinzu, daß dieser Vertrag Polen, Rumänien, Lettland, Estland und Finnland unterbreitet worden sei. Außerdem sei den Polen versprochen worden, daß nichts Endgültiges abgeschlossen werde, bevor Moskau nicht mit Polen den seit Jahren besprochenen Nichtangriffspakt unterzeichnet habe. Polen seinerseits habe eine gleiche Verpflichtung gegenüber Rumänien und den baltischen Staaten übernommen.

Diese Darlegungen des „Echo de Paris“ werden von französischer amtlicher Seite als falsch bezeichnet. Immerhin geht aus der amtlichen Verlautbarung deutlich hervor, daß der Nichtangriffspakt tatsächlich schon im August paraphiert wurde.

Politische Kurzmeldungen

Die nächste Notverordnung des Reiches soll, wie man in unterrichteten Kreisen glaubt, der Reichsreform gelten. Sie dürfte sich zunächst einmal bei der Reichspost auswirken. Jedenfalls werden Oberpostdirektionen eingezogen oder zusammengelegt werden, was schon lange geplant ist. Die neue Notverordnung soll auch das Auswärtige Amt treffen. Hier sollen unwichtig gewordene Gesandtenposten und Generalkonsulate zusammengelegt werden. Ferner will man den Verkehr zwischen Reich und Einzelstaaten entscheidend vereinfachen. Immerhin dürften die Reformpläne vor Ende Januar nicht abgeschlossen sein. — Die Gehälter der Beamten werden durch die Kürzungen nach den bisherigen drei Gehaltskürzungsverordnungen im ganzen betroffen: Bezüge bis 1500 Mark jährlich 13 v. H., Bezüge von 1500 bis 3000 Mark 19—20 v. H., von 3000 bis 6000 Mark 20—21 v. H., von 6000 bis 12 000 Mark 21—22 v. H. und Bezüge von mehr als 12 000 Mark 22—23 v. H. — Nach einer Erklärung des Reichsfinanzkommissars Dr. Saasen werden die Siedlungsvorhaben zunächst auf diejenigen Landesstellen beschränkt, in denen die Zahl der Erwerbslosen oder die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dies besonders dringlich erscheinen lassen. Alle kleineren Siedlungsvorhaben von weniger als 100 Stellen müssen insoweit vorerst zurückgestellt werden. — An der holländisch-belgisch-deutschen Dreiländer-ecke bei Aachen hat der Schmuggel mit belgischem Weißbrot einen solchen Umfang angenommen, daß die Aachener Bäcker ihre Existenz bedroht sehen. — Die französische Kammer nahm einstimmig einen Gesetzentwurf an, der die Zahl ausländischer Arbeiter in Staatsbetrieben oder vom Staate beaufsichtigten Betrieben 10 v. H. nicht übersteigen darf. Für Privatbetriebe wird sie nach Bedarf bestimmt. Ausländer, die in Frankreich Arbeit nehmen wollen, brauchen eine Genehmigung. — England sucht Ersatz für Indien. Es hat deshalb im Sudan mit der kolonialen Arbeit begonnen und gedenkt hier ein riesiges Gebiet zu erschließen, dessen Bevölkerung erwarten läßt, daß sie nicht die Schwierigkeiten bereiten wird wie das indische Kulturvolk.

Weihnachts-Geschenke kaufen Sie bei:

KARL ZAHN

Lederstr. 42
Telefon 300

Uhren, Optik
Gold- und Silberwaren, Bestecke
Vertretung der Alpina-Uhren
Bestellengerichtete Reparatur-Werkstätte

Beleuchtungskörper

elektrische Bügeleisen und Kocher
Haus- und Küchengeräte
Waschmaschinen / Wäschepressen
Mangeln

Wilhelm Mackenhuth, Biergasse

Wilhelm Ziegler

CALW
Fernspr. 211

RADIO

Elektro-
Installation
Stark- u. Schwachstrom

Garnhaus Heinr. Rühle
empfiehlt

Wollgarne

Strümpfe und Socken
Westen und Pullover
in großer Auswahl

Auch bei mir kaufen Sie für

Weihnachten

bei großer Auswahl billig und gut

Wilhelm Sachs

Fernsprecher 203 / Konditorei

Franz Schoenlen - Calw

Altburgerstraße 4

Manufaktur- und Aussteuerartikel

Tischtücher und Servietten / Teegedecke / Tischdecken
Hand-, Frottier- und Taschentücher
Leib- und Bett-Wäsche aller Art.
Steppdecken / Fertige Betten / Bettvorlagen

Für den Weihnachts-Tisch
empfehle ich

schöne Pralinen-Geschenkpäckchen
ff. Spezial-Früchtenbrot, Lebkuchen,
Weihnachtsgebäck, Liköre u. Weine
in großer Auswahl

Konditorei und Café Wilhelm Bauer, Fernspr. 37

Schuhwaren

sind ein praktisches und stets beliebtes Weihnachtsgeschenk. Herren-, Damen- und Kinderschuhe, warmgefütterte Kragenschuhe, Uberschuhe, Skistiefel, Sportstiefel, sowie größte Auswahl in Kamelhaarschuhen finden Sie in besten Qualitäten zu billigsten Preisen bei

Carl Schaub, Altburgerstr. 12.

CARL GÜNTHER

Herren- und Damenfriseursalon
Altburgerstraße 8 / Telefon 268

Parfümerien und Toiletten-Artikel
Spez.: Föhn- und Wasserwellen



Hüte
Sportmützen
W. Schäberle
Hutmacher

ERNST SCHNEIDER

Elektrische Anlagen
Marktplatz Telefon 269

Radio-Apparate / Heiz- und Koch-
Apparate / Bügeleisen / Haartrockner
Beleuchtungskörper / Taschenlampen

Fachmännische Beratung in allen elektrischen Fragen

Was Sie kaufen soll gut sein!

Ganz besonders gilt dies für alle Hauswirtschaftswaren!

Denn gerade diese erfordern beste Qualitäten, — sollen sie doch lange halten

Und das wünscht Jede Hausfrau!

Beehren Sie mich bitte mit Ihrem Besuch

Carl Herzog

Eisenhandlung — Lederstraße



Die schönsten und begehrtesten
Weihnachtsgeschenke

finden Sie in

Uhren, Optik, Goldwaren,
Silbernen Bestecken
(W. M. F. und OKA) bei

Carl Eppinger, Badstraße 14 u. 17



Chr. Widmaier
Mechanische Werkstätte

Weihnachts-Geschenke

die praktisch sind und große Freude machen,
kaufen Sie äußerst billig bei

Fr. Wegel, Badstraße

Herren- und Knaben-Bekleidung

Spar- und Consum-Verein Calw

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:
sämtliche Backartikel
in guter Qualität bei billigstem Preis

Spielwaren + Baumschmuck
Geschenkpäckchen
Weinkellerei + Liköre

Es gibt heute kein Geschäft mehr, das ohne ausgedehnte Werbung Verkaufserfolge erzielen könnte.

Die erfolgssicherste Werbeart ist und bleibt die Anzeige in der Tageszeitung!

Landwirtschaftskammerwahl.

Aufforderung der Wahlberechtigten zur Anmeldung für die Eintragung in die Wählerlisten.

(§ 8 Abs. 2 der Wahlordnung.)

Am Sonntag, den 24. Januar 1932, finden die Wahlen von 60 Mitgliedern der Landwirtschaftskammer statt. Davon sind 48 durch die Landwirte einschließlich Forstwirte und selbständige Gärtner, 12 durch die landwirtschaftlichen Arbeiter einschließlich forstwirtschaftliche und Gärtner-Arbeiter

im Weg der Verhältniswahl zu wählen und zwar im

Wahlbezirk III mit den Oberamtsbezirken Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Reutlingen, Rottenburg, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach: 12 Landwirte und 3 Arbeiter.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, sich bis zum 4. Januar 1932 für die Eintragung in die Wählerlisten beim Bürgermeisteramt ihres Wohnorts anzumelden.

Nach Art. 5 und 8 des Landwirtschaftskammergesetzes sind ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt zur Teilnahme an der Wahl

der Landwirte, Forstwirte und selbständigen Gärtner:

1. Eigentümer, Nutznießer und Pächter landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzter, in Württemberg gelegener Grundstücke, die auf diesen Grundstücken die Landwirtschaft oder Forstwirtschaft oder Gärtnerei im Hauptberuf ausüben.
2. Eigentümer, Nutznießer und Pächter, die auf solchen Grundstücken die Landwirtschaft usw. im Nebenberuf ausüben, wenn das Grundsteuerkapital der Grundstücke mindestens 300 M beträgt und die bewirtschaftete Fläche 4 Hektar übersteigt.
3. Betriebsleiter (Verwalter), die auf solchen Grundstücken die Landwirtschaft usw. im Hauptberuf ausüben, wenn das Grundsteuerkapital der bewirtschafteten Grundstücke zusammen mindestens 3000 M beträgt.
4. Personen, welche die Voraussetzungen der Nr. 1 und 3 mindestens fünfzehn Jahre lang erfüllt haben, sofern sie einen anderen Beruf als Hauptberuf nicht ergriffen und an dem Ort, in dem sie die Landwirtschaft ausüben, den Wohnsitz haben.

Die in Nr. 1-4 Bezeichneten sind nach Art. 6 des Gesetzes zur Ausübung des Wahlrechts befähigt, wenn sie am Wahltag das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben und im übrigen im Sinne des bürgerlichen Rechts voll geschäftsfähig sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und im Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte stehen.

Für Personen, die geisteskrank sind, infolge Entmündigung unter Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen, sowie für juristische Personen wählen ihre gesetzlichen Vertreter oder besondere Bevollmächtigte. Die Anmeldung der bezeichneten Personen zur Eintragung in die Wählerliste ist Sache der gesetzlichen Vertreter oder der von ihnen aufgestellten Bevollmächtigten. Die Aufnahme der nach Nr. 1 und 2 wahlberechtigten juristischen Personen, sowie der in Nr. 4 bezeichneten Personen in die Wählerliste erfolgt auf Anmeldung und nicht auch von Amts wegen. In den Anmeldungen der juristischen Personen sind ihre mit der Stimmabgabe beauftragten gesetzlichen Vertreter oder besonderen Bevollmächtigten zu benennen.

Die zur Eintragung in den Wählerlisten sich anmeldenden Personen und ihre Vertreter haben sich auf Ausübung des Wahlrechts auszuweisen.

Calw, den 22. Dezember 1931.

der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen u. Gärtner-Arbeiter:

Deutsche, die am Wahltag das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben, im übrigen voll geschäftsfähig sind, im Genuß der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden und innerhalb Württembergs gegen Lohn in einer landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Beschäftigung stehen. Freier Unterhalt gilt nicht als Lohn. Es können deshalb Familienangehörige der landwirtschaftlichen usw. Betriebsinhaber und anderer unselbständig in der Landwirtschaft usw. beschäftigte Personen, denen als Entgelt für die Beschäftigung freier Unterhalt gewährt wird, nur in die Wählerliste aufgenommen werden, wenn sie neben dem freien Unterhalt einen bestimmten Lohn auf Grund eines vertragsmäßigen Anspruchs oder sonstiger Vereinbarung beziehen und hiernach der reichsgesetzlichen Kranken- und Invalidenversicherungspflicht unterliegen.

Verlangen über ihre Berechtigung zur Aus-

Oberamt: Schmid, Reg.-Rat.

Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

Wochenmarkt.

Der auf Samstag, den 26. Dezember 1931, fallende Wochenmarkt fällt wegen des Stephansfesttags aus.

Calw, den 21. Dezember 1931.

Bürgermeisteramt: Schner.

Oberpostdirektion Stuttgart.

Vergebung von Hochbauarbeiten für den Postneubau in Calw, und zwar:

Glaserarbeiten und Malerarbeiten am Neußern.

Die Vergebung erfolgt auf Grund der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) aufgestellt vom Reichsverdingungsamt im Mai 1926. Die Unterlagen können bei dem unterzeichneten Amt in der Zeit vom 23. 12. 1931 bis 5. 1. 1932 abgeholt werden. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen ebenda bis 8. 1. 1932 vorm. 11^{1/2} Uhr einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung der Angebote statt, welcher die Bieter beizubehalten können.

Calw, den 22. Dezember 1931.

Bauleitung für den Postneubau Calw, in Calw Badstraße 41.

Am Heiligen Abend

Geschäftsschluß 7 Uhr.

Stefansfeiertag sind die Geschäfte von 9-12 Uhr geöffnet.

Wie bitten um Rücksichtnahme.

Friseur-Innung.

Wollen Sie einen besonders billigen



Ofen

dann benötigen Sie unverzüglich meine Sonderausstellung solcher Modelle, die ich infolge Vereinfachung meines Lagers abstoße.

Carl Herzog Eisenhandlung



Bei Regen

schützt Sie der Schirm allein nicht vor Erkältungen. Ihre Gesundheit erfordert den Gebrauch der echten und bei Husten, Heiserkeit, Katarrh millionenfach bewährten

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen

Zu haben bei: Neue Apotheke Th. Hartmann; Alte Apotheke Fr. C. Reichmann; Hermann Hänßler; Eugen Hayd; Wilh. Sachs; Ernst Pfeiffer; Deckensironn; Carl Dongus; M. Gulde; Gechingen: Gottl. Schwarz; Teinach: Apotheker W. Wagner und wo Plakate sichtbar.

CALWER LIEDERKRANZ

Weihnachtsveranstaltung

am Samstag, den 26. Dezember 1931, abends 5 Uhr im „Badischen Hof“. Zum Vortrag kommen u. a. Männerchöre, Gemischte Chöre und Orchestervorträge.

Wir laden unsere aktiven und passiven Mitglieder mit Angehörigen dazu freundlichst ein

DER AUSSCHUSS



Empfehle für die Feiertage in nur besten Qualitäten

Sächsische Christstollen
Hefenkränze Stuttgarter Butterkuchen
Strenselkuchen Butterringe
Gugelhupfen Haselnußringe

Zu haben in allen Größen. Bestellungen nimmt entgegen

Oskar Frommer, Bäckermeister

Telefon 317

Lederstraße 45

Auf den Weihnachtstisch noch:

- 1 Kinder-Grammophon für Mk. 2.-
- 1 Spiel " " " -50
- 1 Druckerel " " -80
- 1 Malkasten mit 36 Farben " 1.-
- 1 Karton Briefpapier für " 1.-
- 1 Packg. Weihnachts-Servietten " -50
- 1 Ledertasche mit 30% Rabatt

Ernst Kirchner / Buch- und Papierhandlung

Etwas besonderes ist

Serva's abess. Mocca-Mischung

1 Pfund Mk. 2.80 und 5 Prozent Rabatt
Derselbe ist gut und billig
Machen Sie einen Versuch

Carl Serva, Calw

Fernsprech-Nummer 120
Eigene Rösterei-Anlage



Schenkt:

- Brotkasten
- Kaffeemaschinen
- Kaffeemöhlen
- Tafelwaagen
- Fleischhacker
- Backformen
- Siko-Schnellkocher
- Gansbräter, „Silit“
- Sanas-Geschirre
- Wärmflaschen
- Nirosta-Bestecke
- Zeitungshalter
- Kassetten
- Laubsäge-garnituren
- Werkzeugkasten

von

Carl Herzog Eisenhandlung

Spinat

- Rosenkohl
- Winterkohl
- Blumenkohl
- Sellerie
- Endivien
- Akersalat

empfiehlt billig

Ehr. Hägele

Rasiermesser

werden haarscharf abgezogen bei Friseur Odermatt.

Schöner Dackel

billig abgegeben. Wo, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wegen Einschränkung billig zu verkaufen: Rhaki-Campbell-Enten

1,10 Stück 3ter Brut
4 26 Stück 30er Brut
Frederich Schönhardt, Ronbach-Neuhausen.

Eisenbahnsingchor Calw

Weihnachtsfeier

Am Freitag, den 25. Dezember 1931, im Badischen Hof verbunden mit Gesangs-Vorträgen Theater und Gabenverlosung. Eintritt für Nichtmitglieder 1 Mk. Anfang 1/2 6 Uhr. Der Ausschuss.

LIEDERKRANZ ALTBURG

Der Verein hält am Stefansfeiertag, den 26. Dezember 1931, im Saale von Georg Rentschler seine

WEIHNACHTS-FEIER

ab. mit Gesangsvorträgen und Theateraufführungen
„Wenn du noch eine Mutter hast“, 4 Akte
„Ramses der Verschnupfte“
Saalöffnung 3 Uhr Anfang 6 Uhr
Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Verein

KEIN FEST OHNE BLUMEN

DESHALB GEHÖREN BLUMEN UND PFLANZEN AUF DEN WEIHNACHTSTISCH

Bei 2 Leihbüchern gebe ich diese Woche ein Gesichtenbuch von E. A. Poe gratis.

Leihbücherei E. Kirchner

Wir müssen alle sparen, aber jeder kann sich's leisten, seinem Kinde als Belohnung einen

Füllfederhalter, durchaus gebrauchsfähig, m. Hebelöffnung für

50 Pfg.

zu schenken. Zu haben nur bei Reichert an der Freie Besichtigung, kein Kaufzwang.

Christbaumhänder



in großer Auswahl bei

Carl Herzog Eisenhandlung

Für Geschenke:

Seifen-Karlons

in allen Preislagen, ferner: Baumkerzen weiß und bunt empfiehlt

Ch. Schlatterer Wiederverkäufer billigst